Eine Insel für Flüchtlinge. Wie Bangladesch mit den muslimischen Rohingya umgeht

8. Februar 2017

Michael Lenz (KNA) Dhaka (KNA) Auf Thengar Char gibt es keine Häuser, keine Telefonverbindungen, kein Internet. Eine Bootsfahrt vom Festland auf das schlammige Inselchen im Golf von Bengalen dauert zwei Stunden. Außer ein paar Piraten und Fischern zieht es niemanden dorthin. Denn Thenga Char steht während der Monsunzeit größtenteils unter Wasser. Auf dieses knapp 2.500 Hektar große Eiland will Bangladesch Tausende muslimische Rohingya aus den Flüchtlingslagern in Cox's Bazar zwangsumsiedeln. Von der Welt weitgehend unbemerkt spielt sich in dem Badeort seit Jahrzehnten ein humanitäres Drama ab. Hunderttausende Rohingya leben dort – teils seit Jahrzehnten – unter prekärsten Bedingungen. 1987 flohen rund 220.000 Rohingya, 1991/92 weitere 250.000 vor der Gewalt der Tatmadaw, der Armee Myanmars, über die Grenze nach Bangladesch. Die meisten von ihnen wurden zurück nach Myanmar abgeschoben. Dort gelten die Rohingya als illegal eingewanderte „Bengali" ohne Bürgerrechte. Der Willkür von Polizei, Militär und Behörden sind sie schutzlos ausgeliefert. Selbst für Besuche in einem Nachbardorf muss eine Genehmigung beantragt werden. Seit Beginn der politischen Reformen in Myanmar im Jahr 2011 hat sich die Situation der Rohingya zusehends verschlechtert. Auf Druck des ebenso einflussreichen wie radikalen buddhistischen Mönchs U Wirathu erließ die Regierung von Präsident Thein Sein ein Gesetzespaket zum „Schutz von Rasse und Religion". 2012 löste die militante buddhistische Bewegung Ma Ba Tha eine Welle der Gewalt gegen die Rohingya aus. Aus Furcht vor der mächtigen Ma Ba Tha wurde den Rohingya zudem das Wahlrecht genommen. Keine Partei – auch nicht die Nationale Liga für Demokratie (NLD) von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi – wagte es, zur Wahl im November 2015 muslimische Kandidaten aufzustellen. Seit Oktober 2016 geht die Armee wegen angeblicher Angriffe auf Grenzposten mit kompromissloser Härte gegen die Rohingya im Norden des Rakhine-Teilstaats vor. Die Vereinten Nationen sprechen von „Völkermord" und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit". De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi weist die Vorwürfe zurück, verweigert aber unabhängigen Beobachtern und Journalisten den Zugang zu der Konfliktregion. Mindestes 65.000 weitere Rohingya sind seit Oktober nach Bangladesch geflohen. Doch die Hoffnung auf Hilfe und Solidarität ihrer Glaubensgenossen in dem islamisch geprägten Land wurde bitter enttäuscht. In Bangladesch sind die Rohingya ebenso unwillkommen, rechtlos und schutzlos wie in Myanmar. Sie dürfen weder arbeiten, heiraten noch sich frei bewegen. Als „Freiluftgefängnisse" beschrieb die Organisation Ärzte für Menschenrechte vor einigen Jahren die überfüllten, unhygienischen, provisorischen Lager in Cox's Bazar. Das rasante Bevölkerungswachstum, Sicherheitsbedenken und der Wunsch nach guten Beziehungen mit Myanmar sind die wesentlichen Gründe der Regierung von Bangladesch, kaum einen Finger für die Rohingya-Flüchtlinge zu rühren. Dhaka will die Flüchtlinge so schnell wie möglich wieder loswerden – durch Abschiebung zurück nach Myanmar oder eben durch die Zwangsumsiedlung auf Thengar Char. In Myanmar hat sich die

innenpolitische Lage seit dem Mord an dem muslimischen Menschenrechtsanwalt U Ko Ni weiter verschärft. Der Erzbischof von Rangun, Kardinal Charles Bo, sagte über den Tod des prominenten Regierungsberaters: „Das Attentat auf U Ko Ni vor etwas über einer Woche war ein weiterer Schritt rückwärts für Myanmar und ein Schlag für die Hoffnungen auf Demokratie und Frieden in unserem Land.“

(KNA – rkmkr-89-00142)

Stand: 25. November 2026